

Gemeinde Trebur



Etatrede zum Haushalt 2007

Traurig aber wahr....ist die Überschrift der Leiterin der Kämmerei Angelika Kobold zum Haushalt 2007 – eine Aussage aus der Sicht der kommunalen Realität.

Über diese Sicht hinaus, darf ich in meiner Etatrede den Blick über die kommunalen Grenzen wagen und – was vielen Zeitgenossen nicht gefällt - auch an Vergangenes erinnern.

Wohin ich gehe hat viel mit dem zu tun, woher ich komme.

oder, wie eine alte Lebensweisheit sagt:

Die Klugheit hat zwei Augen, eines das voraussieht, was man zu tun hat, das andere, das nachprüft, was man getan hat.

Es verbietet sich sowohl beim Ausblick als auch beim Rückblick das Geschehen in einer Kommune im Zeitraffer von Legislaturperioden zu sichten, erst recht nicht Denkprozesse auf eine so kurze Zeitspanne von fünf Jahren zu denken; das sage ich für diese Gemeinde, für Hessen und die restlichen 15 unserer Republik.

Eine kontinuierliche Entwicklung hat mit langfristigen vorausschauenden Planungen zu tun, mit umfassenden Denk- und Diskussionsprozessen. Besonders, wenn es um grundsätzliche Entscheidungen in einer Kommune geht, wie etwa bei den Finanzen, aber auch bei der Verkehrsplanung und beim Schutz ökologischer Lebensräume ist dies unabdingbare Voraussetzung für die sinnvolle und langfristig auch tragende Entwicklung in der Gemeinde und der Region.

Wir machen daher zunächst einen Rückblick, der sich auf einen Auszug aus der Etatrede 2006 bezieht und für all` diejenigen neu in diesem Parlament ist, die diesem Gremium erstmals seit der diesjährigen Kommunalwahl angehören oder denen, die sich nach einer Unterbrechung in der letzten Legislaturperiode wieder entschieden haben Verantwortung für diese Gemeinde zu übernehmen.

Der finanzpolitische Schlingerkurs der Gemeinde Trebur setzt im Jahre 1993/1994 ein – zu einem Zeitpunkt, wo die Gemeinde noch über eine Finanzrücklage, also ein Sparbuch, zwischen mindestens 16,0 Mio. DM bis 18,0 Mio. DM verfügte.

Warum ich das sage und woher ich das weiss, hängt einfach damit zusammen, dass ich damals wie heute in Verantwortung – damals nicht in politischer Verantwortung – für die Finanzen der Gemeinde stand bzw. stehe und ich bereits zum Haushalt 1994 auf die Notwendigkeit der Korrektur des kommunalen Ausgabeverhaltens hingewiesen habe.

Zum Haushaltsjahr 1994 fanden Sie – und die Kommunalaufsicht - die Konsolidierungshinweise auf den Seiten 233 bis 266 des Haushaltsplanes – überschrieben mit

- Hinweise der Verwaltung
- zur Einnahmeverbesserung
- zur Ausgabenbegrenzung

Meine Einschätzung als Leiter des Hauptamtes aus den Jahren 1993/94 wurden mit dem Bericht des Hessischen Rechnungshofes, der durch die Wirtschaftsprüfer der Gruppe „Arthur Andersen“ im Jahre 1995 vor Ort recherchiert wurde bestätigt und zehn Jahre später erneut in dem WIBERA-Bericht – ebenfalls im Auftrag des Hessischen Rechnungshofes – zusammengefasst.

Der Kernaussage der Prüfer lautet:

..... die Trendaussage für Trebur ist eher negativ.....

Auszug aus der Rede zum Etat 2006:

Trebur im Vergleich

.....zum Abschluss meiner Etatrede einige Auszüge aus den Berichten des Rechnungshofes aus August 1995, auf Grundlage der Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen sowie dem jetzigen Bericht auf Grundlage der Untersuchungen der WIBERA.

Sie werden erkennen, dass sich die Aussagen gleichen, somit seit 1995 nicht notwendig gegengesteuert wurde, diese Last nun ausschließlich dieses Parlament bzw. das künftige zu tragen hat.

Sie werden nun wieder erkennen müssen, dass es in früheren Auseinandersetzungen auf der Ebene vor Ort Aussagen gab, die ich nicht mehr kommentieren möchte, eigentlich auch nicht mehr kommentieren müsste, wenn sich aus der öffentlichen Debatte nicht die Notwendigkeit ergibt – mir ist nach wie vor daran gelegen „Gemeinsam“ mit Ihnen unser Hauptproblem zu lösen.

Demographische Entwicklung

Arthur Andersen im August 1995

*Demographisch zeichnet sich die Gemeinde durch einen stabilen Bevölkerungszuwachs mit **nicht** zurückgehenden Kinderzahlen aus.*

WIBERA im August 2005

Die Gemeinde Trebur zeichnete sich innerhalb des Vergleichsrings durch ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum aus

Infrastruktur

Arthur Andersen im August 1995

*Freiwillige Aufgaben werden in überdurchschnittlichem Maße wahrgenommen
Die Ausstattung im Bereich der Sportplätze und –hallen in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht ist als außergewöhnlich hoch anzusehen.
Die Personalausgaben pro Einwohner sind von 1991 nach 1994 überproportional angestiegen. Diese Entwicklung der Personalausgaben halten wir für bedenklich.*

WIBERA im August 2005

*Die Vorhaltung einer Reihe von gleichartigen Einrichtungen wie Sportanlagen, Bürgerhäusern, Büchereien, Feuerwehren, Friedhöfen ist mit entsprechend hohen Personal-, Sach- und kalkulatorischen Kosten verbunden
Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Personalausgaben in direktem Zusammenhang zu Anzahl und Art der von der Kommune unterhaltenen Einrichtungen stehen.*

Angemessene Entgelte für Leistung

Arthur Andersen im August 1995

Im Bereich der kommunalen Einrichtungen verfügt die Gemeinde Trebur in den Gebührenhaushalten über ein nicht ausgeschöpftes Einnahmepotential. Im Jahresmittel 1991 bis 1995 ergab sich ein jährliches Einnahmepotential von DM 3,8 Mio., dessen Barwert ca DM 58,7 Mio. beträgt.

Im Vergleich zu anderen Kommunen im Landkreis Groß-Gerau erhebt die Gemeinde relativ niedrige Steuern. Dies deutet für uns auf ein nicht ausgeschöpftes Einnahmepotential hin.

WIBERA im August 2005

Bedeutsam für die Finanzlage sind ferner die Entgelte für die Nutzung der gemeindlichen Einrichtungen. Die Festsetzung von Entgelten zur Deckung der Kosten steht unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit, d.h. erhobenes Entgelt und Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen oder von der Verwaltung erbrachten Leistungen in Form von Verwaltungstätigkeit müssen in einem angemessenem Verhältnis zueinander stehen (Äquivalenzprinzip).

Somit müssen die Kosten, die der Kommune entstehen, und der Vorteil, der dem Benutzer geboten wird, einander ausgewogen entsprechen. Erhobenes Entgelt und Leistung der Kommune dürfen in keinem Missverhältnis zueinander stehen.

.....Insbesondere wären die freiwilligen Leistungen und die Angemessenheit der Gebühren und besonderen Entgelte für die von der Gemeinde erbrachten Leistungen zu überprüfen

Gewerbesteuer

Arthur Andersen im August 1995

Aufgrund der Abhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen von einem Gewerbesteuerzahler und dem Ausgabeverhalten in der jüngeren Vergangenheit ist die Trendaussage für Trebur eher negativ.

Monokausale Gewerbesteuereinnahmen führt zu potentiellen Risiko für die Gemeinde Trebur.

WIBERA im August 2005

Aufgrund der monostrukturellen Situation in Form der Abhängigkeit im Wesentlichen von einem Gewerbesteuerzahler gingen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zwischen 1998 und 2002 um 6,6 Mio. € zurück. Aus dem gemeindlichen Haushalt heraus konnten die Einnahmeausfälle nicht aufgefangen werden.

Gewerbeansiedlungspolitik

Arthur Andersen im August 1995

Eine gezielte Gewerbeansiedlungspolitik wurde nicht betrieben. Derzeit bestehen keine wesentlichen freien Flächen in der Gemarkungsfläche. Für die Ansiedlung von Unternehmen bestehen insoweit kaum Entwicklungsmöglichkeiten.

WIBERA im August 2005

Insgesamt sind in der Gemeinde Trebur 935 Gewerbebetriebe gemeldet. In den Ortsteilen Trebur, Geinsheim und Astheim sind rd. 26,5 ha Gewerbeflächen ausgewiesen, so dass die Voraussetzungen für weitere Industrie- und Gewerbeansiedlungen vorhanden sind.

Finanzielle Zukunftsfähigkeit von Trebur

Arthur Andersen im August 1995

Die Aufwendungen für die geplanten bzw. bereits im Bau befindlichen Projekte und die damit einhergehenden Folgekosten, wird die Gemeinde unserer Einschätzung nach nur unter der Voraussetzung der Stabilität der Gewerbesteuereinnahmen leisten können.

Die Entwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung ist als bedenklich einzustufen.

Die Unterdeckung im Bereich der Kindergärten weist eine zunehmende Tendenz auf. In den vergangenen Jahren erhöhte Investitionstätigkeit könnte dazu führen, dass die Gemeinde ihre Vorrangstellung langfristig verliert.

WIBERA im August 2005

In den Berichtsjahren 1998 und 1999 konnte somit die erste Warngrenze zur finanziellen Leistungsfähigkeit, freie Spitze unter 8 %, überwunden werden. Im verbleibenden Berichtszeitraum wurde die zweite Warngrenze, Verlust der freien Spitze, erreicht.....Diese Tendenz ist steigend, so dass mit einer weiteren Verschlechterung der Haushaltslage in den kommenden Haushaltsjahren bereits heute zu rechnen ist.

Da die Pflichtzuführung nicht mehr aus dem laufenden Verwaltungshaushalt heraus erwirtschaftet werden konnte, fand seit 2000 ein Substanzverzehr statt, der sich in den Jahren der Finanzplanung weiter fortsetzen wird.

Die Finanzlage der Gemeinde Trebur war im Berichtszeitraum seit 2000 äußerst angespannt.....Allein die Deckung der Fehlbeträge aus Vorjahren und die zu erwartenden neuen Fehlbedarfe werden höchste Anforderungen an die gemeindliche Haushaltswirtschaft stellen.....Diese Entwicklung macht deutlich, dass zur Wiedererlangung einer langfristig geordneten Haushaltswirtschaft ein stringentes und tabuloses Haushaltskonsolidierungsprogramm umgesetzt werden sollte.

Grundaussage WIBERA:

Monetär zu beziffernde Sparpotenziale und Rückstände waren nicht feststellbar;

d.h. wir müssen endlich an die Strukturen, wie bereits im Haushaltssicherungskonzept nachzulesen ist

Nun gut – soviel zur Erinnerung – nun wagen wir im Sinne der gerade zitierten Lebensweisheit einen Ausblick:

Die Klugheit hat zwei Augen, eines das voraussieht, was man zu tun hat, das andere, das nachprüft, was man getan hat.

Ich muss leider auch in diesem Jahr meine tiefe Besorgnis über den finanzpolitischen Kurs der Gemeinde Trebur zum Ausdruck bringen. Denn für das Haushaltsjahr 2007 sieht der Verwaltungshaushalt schon wieder einen zur traurigen Routine gewordenen Fehlbetrag vor; dieses Mal in Höhe von rd. 3,0 Mio Euro.

Wir verschulden uns immer weiter, und das, obwohl im Haushaltsplan 2007 rd. 560.000 Euro mehr Einnahmen veranschlagt sind, die in erster Line auf den Gemeindeanteil an der Lohnsteuer zurückzuführen sind.

Allein die Zinsen aus dem Schuldendienst steigen im nächsten Jahr um rd. 165.000 Euro.

Das strukturelle Defizit, das sich mit rd. 2,5 bis 3,0 Mio Euro/Jahr durch die gesamte mittelfristige Finanzplanung zieht, wird sich nicht ohne unser „Zutun“ reduzieren; es ist an der Zeit zu erkennen, dass sich das aufgelaufene (kumulierte) Defizit im Verwaltungshaushalt mit rd. 11,7 Mio Euro nicht von alleine auflösen wird.

Der Verwaltungshaushalt 2007 lässt ohne Zweifel erkennen, dass keine Finanzmittel mehr zur Verfügung stehen, um „Wünsche“ zu erfüllen. Es gilt, gemeinsam einen Weg zu finden, wie in absehbarer Zeit - zumindest annähernd – der Verwaltungshaushalt wieder zu einem finanziellen Ausgleich gebracht werden kann.

Schwierig ist es natürlich, einen Haushalt auszugleichen, wenn immer wieder neue Ausgaben für die Kommunen hinzukommen, vor allem, wenn diese ohne erkennbare Gegenleistung sind, wie beispielsweise die Erhöhung der Mehrwertsteuer (rd. 150.000,- € Mehrausgaben) oder die **zweimalige** Erhöhung der Kreisumlage sowie Veränderungen von Parametern nach Finanzausgleichsgesetz, was dem Kreis Groß-Gerau Mehreinnahmen alleine durch die Gemeinde Trebur von 1,0 Mio. Euro mehr bringt, wenn man das Rechnungsergebnis 2004 mit dem Planansatz 2007 vergleicht.

Dieser Betrag ist ausschließlich von den Bürgerinnen und Bürgern dieser Gemeinde aufzubringen – das sagen weder Kreis- noch Landespolitiker in dieser Deutlichkeit.

Hinzu kommen Gebührenbescheide des Kreises für den Bau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie ich Ihnen am Beispiel der Baugenehmigungsgebühren für den Bau des Kinderhauses Oderstraße verdeutlichte – Gebühren, die von kommunalen Vertretern im Kreistag beschlossen wurden, im Wissen, dass der Kreis als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Finanzierung der Einrichtungen zuständig ist.

Wie kommen wir aus den jährlichen negativen Haushalten heraus ?

Antrag des Bürgermeisters:

Ich **beantrage** bereits im Zuge meiner Etatrede, die Juristen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes mit der rechtlichen Prüfung zu beauftragen, den Zuschussbedarf für die kommunalen Kindergärten der Gemeinde Trebur in Höhe von 2,1 Mio. € mit der Kreisumlage zu verrechnen.

Das jährliche kommunale Defizit von Trebur würde sich damit auf rd. 1,0 Mio. € reduzieren.

Die Gegenargumentation, dass dann die Kreisumlage erneut zu erhöhen sei, ist nicht emotional sondern sachlich und rechtlich begründet vorzutragen.

Weitere Antworten auf die unangenehme Frage „**Wie kommen wir aus den jährlichen negativen Haushalten heraus ?** „ müssen gefunden und umgesetzt werden - ich denke - da sind wir uns einig.

Dass dies primär von der Ausgabenseite her geschehen sollte, ist klar. Bestehende freiwillige Leistungen sind weiter zu reduzieren, zusätzliche freiwillige Leistungen sind tabu.

Wie die Berichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aus 1995 und 2005 zeigten, besteht aber auch auf der Einnahmeseite noch Potential.

Das wissen Sie aber, weil Sie jährlich eine vergleichende Übersicht zu den Gebühren und Beiträgen sowie den Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer der umliegenden Kreiskommunen erhalten.

Die Kostendeckungsgrade bei den gebührenrechnenden Haushalten sind durchweg unter dem Indikator / der Warngrenze, die der Fachbereich Revision der Kreisverwaltung als kritisch ansieht.

Was ich damit sagen will:

Der Gedanke an eine Anpassung von Gebühren und Beiträgen mit dem Ziel einen höheren Kostendeckungsgrad zu erzielen, ist legitim und unumgänglich, wenn das Leistungsangebot unverändert bestehen bleiben soll.

Ein Haushaltsausgleich ist gefordert

Die Kommunalaufsicht – kurzum der Kreis Groß-Gerau, oder wie er sich auch gerne nennt „die kommunale Familie“, die uns sagt was **wir** zu tun haben und das nicht tut, was **sie** zu tun hat – aber in finanziell guten Zeiten Treburs, gut von ihrem Familienglied durch Umlagen gelebt hat, fordert, das aber mit recht, von der Gemeinde Trebur spätestens mit Vorlage des Haushalts 2007 ein fortgeschriebenes und von der Gemeindevertretung beschlossenes Haushaltssicherungskonzept mit folgenden Angaben:

- Auswirkung der vorgesehenen und detailliert beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen
- für den gesamten Finanzplanungszeitraum
- mit Angaben zu Konsolidierungsziel,
- den dafür notwendigen Maßnahmen,
- den angestrebten Konsolidierungszeitraum
- sowie die finanziellen Auswirkungen.

Ich gehe davon aus, dass ohne das geforderte Haushaltssicherungskonzept die Kommunalaufsicht keine Genehmigung für den Haushalt 2007 erteilen wird.

Es ist verständlich, dass es Ihnen schwer fällt, die unzähligen Vorschläge zum Thema Haushaltskonsolidierung, aufzugreifen.

Der Weg aus der Schuldenfalle setzt aber voraus, dass Sie sich nicht ein Denkverbot auferlegen, wenn es darum geht, Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Ich fordere Sie daher erneut auf, sich mit dem Thema Haushaltskonsolidierung zu befassen.

Mir ist klar, was diese Aufforderung mit wahlgetrübtem Blick bedeutet – nur eine nicht geänderte Einstellung ändert die Haushaltslage nicht.

Ausweitung der Verschuldung ? Oder ernsthafte Prüfung, auf was wir eventuell verzichten können ? Man kann es nicht allen recht machen.

Sie, bzw. wir, müssen mit der drastischen Korrektur die Weichen für die nachfolgenden Generationen stellen.

Diese Änderung in der Einstellung muss sich aber auch über das Mandat in Trebur hinaus durchsetzen. Sofern Sie diese Gemeinde im Kreis- oder auch Landtag – selbst Bundestagsabgeordnete gibt es in unserer Gemeinde -, vertreten, dürfen Sie bei Ihren Entscheidungen nicht die kommunalen Interessen vergessen – denn:

nur in den Städten und Gemeinden dieses Landes erfolgt die Wertschöpfung.

Es ist in der Tat die Bedienermentalität der, vom globalisiert gesteuerten Kapital, übergeordneten Gebietskörperschaften und der dort herrschenden und fürstengleichen Denkweisen Agierenden, die den Kommunen, also dem Zusammenschluss von Familien, die Luft zum atmen nimmt.

Die Verwaltung hat ihren Teil erfüllt und die letzten fünf Jahre in den verschiedensten Zusammenfassungen – unter anderem in dem am 7. Februar 2003 von der Gemeindevertretung mehrheitlich beschlossenen Haushaltssicherungskonzept - mögliche Konsolidierungsvorschläge aufgezeigt.

Mit Schreiben vom 22. Mai 2006 habe ich Sie gebeten, innerhalb Ihrer Fraktionen das Thema Haushaltskonsolidierung zur Diskussion zu stellen und mir bis zu den Sommerferien 2006 eine Liste zu überlassen, welche Konsolidierungsvorschläge von Ihrer Fraktion mitgetragen werden.

Angedacht war, die Listen der einzelnen Fraktion nach der Sommerpause 2006 im Rahmen einer Ausschusssitzung zu diskutieren, um dann das Ergebnis aus dieser Arbeit der Gemeindevertretung als fortgeschriebenes Haushaltssicherungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

Leider gab es von **keiner** Fraktion eine Rückmeldung auf mein Schreiben, die wenig hilfreichen öffentlichen Kommentare des ein oder anderen Kommunalvertreters mal ausgenommen, die einen wirklichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erkennen ließen.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen kann ich mich nur dem Schreiben des Landrats in seiner Funktion als Kommunalaufsicht vom 1. September 2006 anschließen, und erneut auf die Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte hinweisen.

Lassen Sie uns das geforderte Haushaltssicherungskonzept als Chance sehen, aus eigener Kraft und nicht anhand von Vorgaben der staatlichen Kommunalaufsicht zu definieren, in welchem Zeitrahmen und mit welchen Maßnahmen ein Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann – insofern möchte ich im Gegensatz zum Kreistag die Souveränität dieses Kommunalparlaments durch aufsichtsbehördliches Diktat nicht in Frage stellen.

Trebur muss im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes seinen eigenen Weg aus dem finanziellen Würgegriff definieren und letztendlich dann auch gehen.

Diese Aufgabenstellung wird uns nun parallel zum Beratungsverfahren zum Haushalt 2007 begleiten.

Ich halte daran fest und bin überzeugt:

Stück für Stück..., miteinander schaffen wir`s !“

Denn: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Kostendeckung bei den Gebührenhaushalte

Die Situation der Gebührenhaushalte stellt sich im Haushaltsjahr 2007 wie folgt dar:

	Einnahmen - in Euro -	Ausgaben - in Euro -	Defizit - in Euro -	Defizit in %	Kosten- deckungs- grad HHPlan 2007 in %	zum Vergleich: Kosten- deckung HHPlan 2006 in %	zum Vergleich: Kostendeckung Rechnungs- ergebnis 2005 in %	Indikatoren / Warngrenzen Werte aus Prüfbericht Jahres- rechnung 2004)
UA 130 Feuerwehren	15.800	354.595	338.795	95,54%	4,46%	4,45%	4,54%	< 10 %
UA 210 Schulkindbetreu- ung	121.600	228.527	106.927	46,79%	53,21%	56,75%	68,41%	keine Angaben
UA 350 Musikschule	71.000	113.751	42.751	37,58%	62,42%	66,77%	71,18%	keine Angaben
UA 464 u. 4641 Kindergärten incl. Naturkindergarten	666.790	2.826.786	2.159.996	76,41%	23,59%	24,04%	25,06%	< 33 %
UA 570 Freibad	148.920	615.245	466.325	75,80%	24,20%	24,29%	29,05%	< 30%
UA 750 Friedhof	100.890	445.123	344.233	77,33%	22,67%	23,58%	23,52%	< 80 %
UA 720 Abfallbeseitigung	1.734.169	1.734.169	0	0,00%	100,00%	100,00%	100,00%	keine Angaben

Sie sehen dass der Gebührenhaushalt **Abfallbeseitigung (UA 720)** mit einer Entnahme aus der Gebührenaussgleichsrücklage in Höhe von 209.669 Euro abschließt.

Dank der Sonderrücklage in Höhe von derzeit rd. 1,1 Mio Euro ist es momentan noch nicht erforderlich, Preissteigerungen bei der Abfallentsorgung auf die Bürgerinnen und Bürger umzulegen. Dennoch sollten die Entwicklung der Kosten für die Abfallentsorgung und die der Gebührenaussgleichsrücklage nicht außer acht gelassen werden, um eine „explosionsartige“ Erhöhung bei den Müllgebühren zu einem späteren Zeitpunkt ausschließen zu können.

Aber auch hierzu der Rückblick – in diese Situation hat uns ausschließlich Politik gebracht, die in Kreis-, Landes- und Bundesparlamenten gemacht wurde.

Beim **Bestattungswesen (UA 750)** liegt der Kostendeckungsgrad bei rd. 22,7 %. Die Friedhofsgebührenordnung ist neu überarbeitet und liegt im Entwurf vor. Eine Beratung in den Fachausschüssen bzw. die Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung steht noch aus. Es wird im Parlament hier sicher die Grundsatzdiskussion zu führen sein, welcher Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen erreicht werden soll. Wirtschaftlich gesehen wäre die Vorgabe eine 100%ige Kostendeckung, die Kommunalaufsicht sieht eine Kostendeckung unter 80 % für kritisch an.

Im Bereich **Kindergarten/ Kindertagesstätten** hat sich die Gemeindevertretung vor einigen Jahren das Ziel gesteckt, einen Kostendeckungsgrad von mindestens 30 % zu erreichen.

Dieses Ziel ist nach wie vor nicht erreicht.

das Angebot im Rahmen von KinT (Kinder in Trebur) wird kontinuierlich ausgebaut; es fehlt jedoch an der Bereitschaft, auch die Gebühren entsprechend anzupassen. Dies gilt sowohl für den Bereich Kindergärten/ Kindertagesstätten wie auch für den Bereich der Schulkindbetreuung.

So wurden die zum Haushalt 2006 vorgeschlagenen und im Vorfeld sogar mit der Elternvertretung abgestimmten Gebührenanpassungen vom Treburer Kommunalparlament abgelehnt; das haben weder die Eltern noch ich verstanden.

Der Kostendeckungsgrad liegt derzeit bei rd. 23,6 %, die Kommunalaufsicht sieht eine Kostendeckung unter 33 % für kritisch an.

Antrag des Bürgermeisters:

Im Rahmen meiner Etatrede erhebe ich nunmehr den Antrag, dem Kreis Groß-Gerau das Defizit in der Kinderbetreuung von 2,1 Mio. € in Rechnung zu stellen, weil er für diese Aufgabenstellung kraft Gesetzes die Verantwortung trägt.

Mein Argument basiert darauf, dass sich die finanzielle Verantwortung des Kreises aus dem in § 24 SGB VIII geregelten Anspruch auf den Kindergartenbesuch ergibt, danach folgt die sachliche Zuständigkeit aus § 85 SGB VIII, wonach der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zuständig ist. Für die Vollversorgung im Sinne des § 24 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII ist der Kreis als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe letztendlich verantwortlich.

Budgets mit eingefrorenem Zuschussbedarf

Der Zuschussbedarf bei den Budgets

UA 130 - Feuerwehren

UA 460 - Kinder- und Jugendförderung

UA 461 - Sonstige Kinder- und Jugendförderung

AB 56 - Sportstätten

ist trotz Mehrwertsteuererhöhung ab Januar 2007 um 3 % nach wie vor unverändert und entspricht somit Ihren Beschlüssen und Vorgaben aus Vorjahren.

Nicht realistisch ist es zu glauben, dass mit diesen Zuschussbeträgen auch sämtliche Unterhaltungsarbeiten an den Gebäuden und Grundstücken abzudecken sind. Lediglich die kalkulierbaren Kosten wie beispielsweise für Wartungsarbeiten und kleinere Reparaturen sind darüber zu finanzieren.

Wenn an den festgeschriebenen Zuschussbeträgen festgehalten werden soll, ist zwangsläufig über die Veräußerung der „ein oder anderen“ Liegenschaft und damit verbunden die Zusammenlegung von Einrichtungen zu diskutieren und zu entscheiden.

Sie wissen um die Anzahl der Liegenschaften, die über diese Budgets zu finanzieren sind - alleine beim Sport sind zwei Sporthallen, sieben Großspielfelder und ein Stadion mit Tartanbahn zu finanzieren – da nützt es nicht Budgets einzufrieren und sich damit, im Wissen, dass das Geld zur ordentlichen Bewirtschaftung aller Anlagen nicht ausreicht, der Verantwortung des Erhalts der Einrichtungen zu entziehen.

Wie steht`s um die Realsteuerhebesätze bei der Gemeinde Trebur ?

Die Hebesätze sind gegenüber dem Vorjahr zunächst unverändert.

Die letzten Anpassungen waren bei

- Gewerbesteuer in 2002 von 300 auf 310 Prozentpunkte
- Grundsteuer B in 2003 von 185 auf 220 Prozentpunkte
- Grundsteuer A von ??? seit Jahren 250 Prozentpunkte

Die Hebesätze der Gemeinde Trebur liegen nach wie vor weit unter Kreis- und auch Landesdurchschnitt !

In den „Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 03.08.2005 wird darauf hingewiesen, dass die Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer, bei einem anhaltend defizitären Haushalt, deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen müssen.

Meine Erwartung ist, dass, so wie das Regierungspräsidium den Kreis Groß-Gerau angewiesen hat, der Landrat als Aufsichtsbehörde die Gemeinde Trebur anweisen wird, die Hebesätze anzupassen – ein erheblicher Einschnitt in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde Trebur – aber notwendig – wenn die Notwendigkeit der Souverän, also dieses Parlament, nicht erkennen will.

Der Gemeindevorstand hatte Ihnen bereits entsprechende „Impulse“ zu den Haushaltsberatungen 2006 gegeben. Sie haben diese nicht aufgegriffen. Sie erinnern sich sicherlich.

Die Damen und Herren der Gemeindevertretung haben in der Sitzung am 3. März 2006 die Anpassung der Grundsteuerhebesätze für Grundsteuer A und B auf jeweils den Landesdurchschnitt mehrheitlich abgelehnt.

In Anbetracht des Schreibens der Kommunalaufsicht vom 1. September 2006 mit Hinweis auf die „Leitlinien zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte“ ist über die Anpassung der Realsteuerhebesätze zum Haushalt 2007 jedoch erneut zu beraten und zu beschließen.

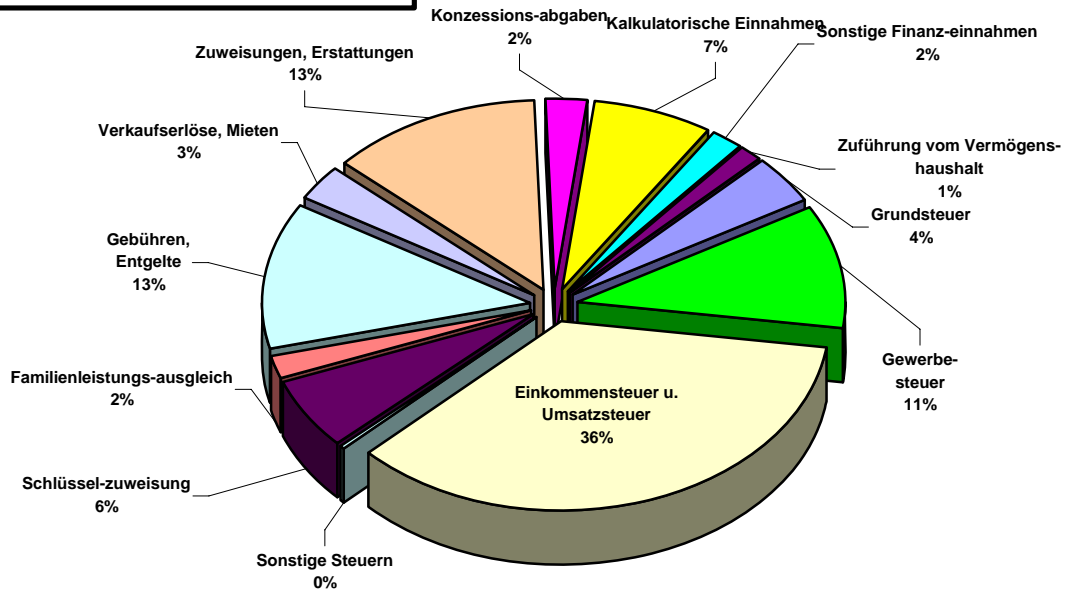
Ich würde mich freuen, wenn diesmal aus Ihren Reihen ein entsprechender Antrag zu den Haushaltsplanberatungen hierzu eingebracht wird bzw. der Gemeindevorstand im Zuge der Planberatungen seine Forderungen aus dem vergangenen Jahr wiederholt.

Ein Beispiel:

bei Anpassung der Realsteuerhebesätze an den Landesdurchschnitt kreisangehöriger Gemeinden würde dies jährliche Mehreinnahmen von rd. 284.000 Euro für die Gemeinde Trebur bedeuten, bei einer Anpassung an den Kreisdurchschnitt sogar rd. 550.000 Euro; wir könnten damit zumindest zur Hälfte den Griff des Kreises in die kommunale Kasse ausgleichen – das sei auch der Ordnung halber gesagt, um zu wissen, wo denn die Verursacher der kommunalen Finanzmisere **auch** zu finden sind.

Zunächst die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes: rd. 18,8 Mio Euro

Verwaltungshaushalt Einnahmen 2007
Gesamt: 18.809.434 EUR



Die Einnahmen setzen sich zusammen aus:

- 5,9 Mio Lohn-/Einkommensteueranteil
- 2,2 Mio Benutzungsgebühren und ähnl. Entgelte
- 2,0 Mio Gewerbesteuereinnahmen
- 1,1 Mio Schlüsselzuweisung
- 1,2 Mio Tilgung u. Verzinsung inneres Darlehen Eigenbetrieb
- 0,8 Mio Umsatzsteueranteil
- 0,7 Mio Grundsteuer B

13,9 Mio Zwischensumme

In den Einnahmen sind weiter enthalten 2,1 Mio Euro durchlaufende Posten (Personalkostenverrechnungen u.dgl.) und 2,8 Mio Euro sonstige Einnahmen.

Gewerbsteuer / Gewerbesteuerumlage

Die Gewerbesteuereinnahmen sind mit 2,0 Mio Euro kalkuliert und basieren mit rd. 1,8 Mio Euro auf vorliegenden Messbetragsmitteilungen der Finanzämter. Der Ansatz von 2,0 Mio Euro zieht sich konstant durch die mittelfristige Finanzplanung.

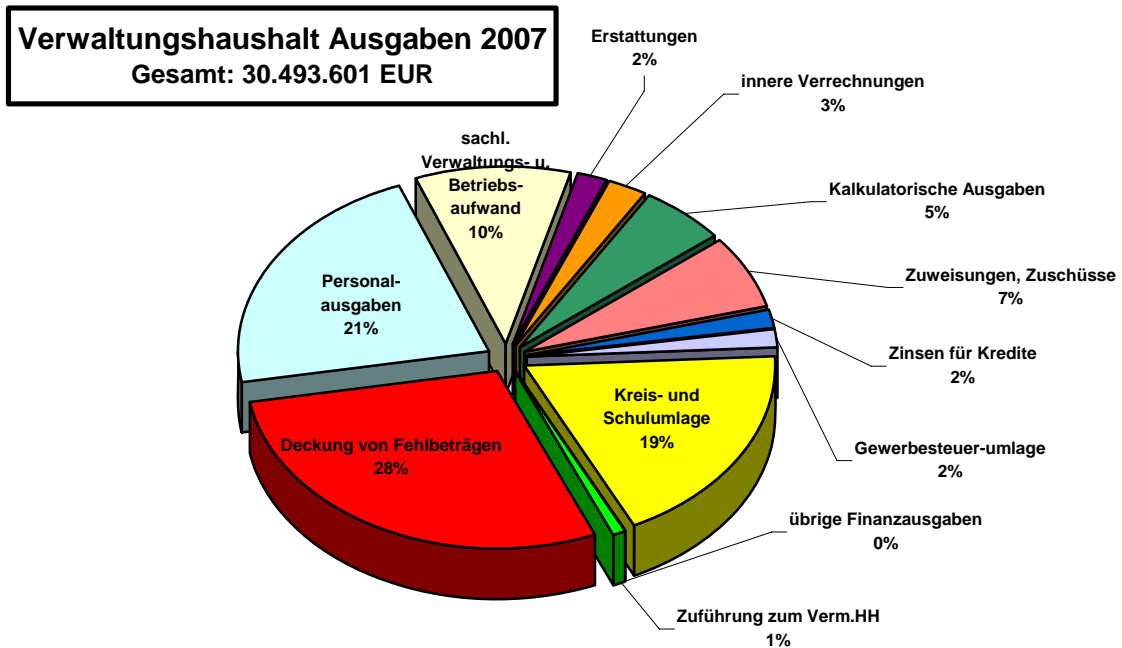
Um den Haushalt nicht „schön zu rechnen“, wird ausschließlich mit den belegbaren Werten kalkuliert.

Das Auf und Ab - die bisherigen und voraussichtlichen Entwicklung des Umlagensatzes (Punkte) für die Berechnung der Gewerbesteuerumlage in großen Schritten mal aufgezeigt:

Haushaltsjahr 1980	Umlagensatz	80
Haushaltsjahr 1985	Umlagensatz	52
Haushaltsjahr 1990	Umlagensatz	52
Haushaltsjahr 1995	Umlagensatz	79
Haushaltsjahr 2000	Umlagensatz	83
Haushaltsjahr 2001	Umlagensatz	91
Haushaltsjahr 2002	Umlagensatz	102
Haushaltsjahr 2003	Umlagensatz	114
Haushaltsjahr 2004	Umlagensatz	82
Haushaltsjahr 2005	Umlagensatz	81
Haushaltsjahr 2006	Umlagensatz	74
Haushaltsjahr 2007	Umlagensatz	73
Haushaltsjahr 2008	Umlagensatz	73
Haushaltsjahr 2009	Umlagensatz	73

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes:

rd. 30,5 Mio Euro



Die Ausgaben setzen sich zusammen aus:

8,7 Mio Deckung Sollfehlbetrag

6,6 Mio Personalkosten (Steigerung gegenüber Vorjahr rd. 70.000,- Euro)

5,7 Mio Kreis- und Schulumlage

1,6 Mio Müllabfuhrgebühren

0,85 Mio Bewirtschaftungskosten

0,5 Mio Anteil Straßenentwässerung (Gemeinde-, Kreis- und Landstraßen)

0,47 Mio Gewerbesteuerumlage

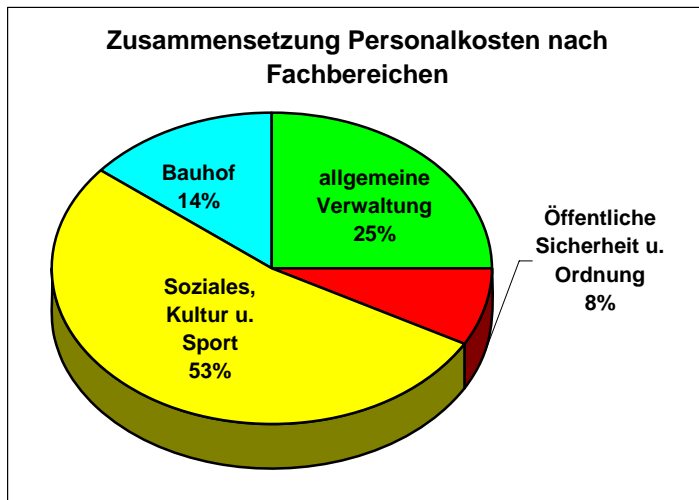
24,42 Mio Zwischensumme

in Ausgaben auch enthalten:

2,1 Mio Durchlaufende Posten

3,98 Mio sonstige Ausgaben

Der erste Blick gilt in der Regel den Personalkosten



Für Personalkosten sind im Haushaltsplan 2007 mit rd. 6,6 Mio Euro eingeplant, das entspricht rd. 22 % der Ausgaben.

Die Personalkosten selbst unterteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

53 % für den Bereich Soziales, Kultur und Sport,
25 % entfallen auf die allgemeine Verwaltung
14 % auf den Bauhof und
8 % auf den Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die Kalkulation der Personalkosten basiert auf dem neuen TVÖD.

Die Personalausgaben 2007 liegen in der Summe mit rd. 76.000 Euro über der Kalkulation des Vorjahres – die Erläuterungen erfolgen im Zuge der detaillierten Vorstellung des Zahlenwerks, Darin enthalten ist die Weiterbeschäftigung von Auszubildenden für maximal 1 Jahr nach Abschluss ihrer Ausbildung. Die Grundlage dazu ist der Manteltarifvertrag für Auszubildende.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch kurz auf den Stellenplan eingehen.

Der Stellenplan sieht gegenüber dem Vorjahr keine Erweiterung vor. Insgesamt sind im Stellenplan fünf Stellen mit Sperrvermerk versehen.

Die bisher auf einem separaten Blatt ausgewiesenen geringfügig Beschäftigten sind in dem Stellenplan „Teil B – Beschäftigte“ mit eingeflossen.

Der Stellenplan entspricht somit dem amtlichen Muster.

Im Zuge der Beratungen zum Stellenplan lege ich Ihnen auch den Abschlussbericht zur Personalbedarfsplanung vor – soviel vorweg: Er enthält nicht einmal den Hauch von personellen Einsparungspotentialen, die zur Gesundung der Finanzmisere der Gemeinde beitragen könnten, es sei denn Sie entschließen sich zur Reduzierung kommunaler Dienstleistungsangebote.

Verlustabdeckung Eigenbetrieb Abwasser

Der nach § 11 Abs. 6 Eigenbetriebsgesetz im Haushaltsjahr 2007 abzudeckende Verlust des Eigenbetriebes Abwasser aus dem Jahr 2001 in Höhe von 393.196 Euro, wird unter dem Gesichtspunkt, dass der kommunale Haushalt finanziell massive Probleme hat, im Haushaltsjahr 2007 nicht berücksichtigt.

Bereits im Haushaltsjahr 2006 wurde die Abdeckung der Verluste aus dem Jahr 2000 in Höhe von 359.602 Euro nicht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften im Haushaltsplan berücksichtigt, was zu einer Beanstandung durch die Kommunalaufsicht führte. Ich hatte sie über das Schreiben der Kommunalaufsicht informiert.

Ich bitte Sie, meine Entscheidung nicht so zu interpretieren, dass ich Hinweise der Kommunalaufsicht nicht ernst nehme oder gar ignoriere – im Gegenteil – dazu aber auch mehr in den weiteren Erläuterungen.

Kreis- und Schulumlage

Der Regierungspräsident hat im Wege der Ersatzvornahme die Hebesätze der Kreisumlage im Haushaltsjahr 2005 von 42 Punkte auf 44 und für das Haushaltsjahr 2006 auf 46 Punkte erhöht.

Die Planung für 2007 sieht derzeit noch keine weitere Erhöhung bei den Hebesätzen vor, und trotzdem wird uns genau hier im kommenden Jahr noch tiefer in die Tasche gegriffen – das habe ich Ihnen bereits berichtet.

Das Schreiben des Kreisausschuss aus September diesen Jahres kennen Sie bereits, worin darauf hingewiesen wird, dass es im Haushaltsjahr 2007 finanzielle Verschiebungen zwischen Kreis- und Schulumlage geben kann. Diese Verschiebung soll „kostenneutral“ für die Gemeinde Trebur sein – zumindest für das Jahr 2007. Ob diese Aussage auch in den Folgejahren noch Bestand hat, wage ich zu bezweifeln.

Es ist doch eher zu erwarten, dass sich in 2007 in einem ersten Schritt eine Verschiebung bei den Hebesätzen der Kreisumlage zu Gunsten der Schulumlage ergibt, mit dem Ziel, eine kostendeckende Schulumlage zu erreichen.

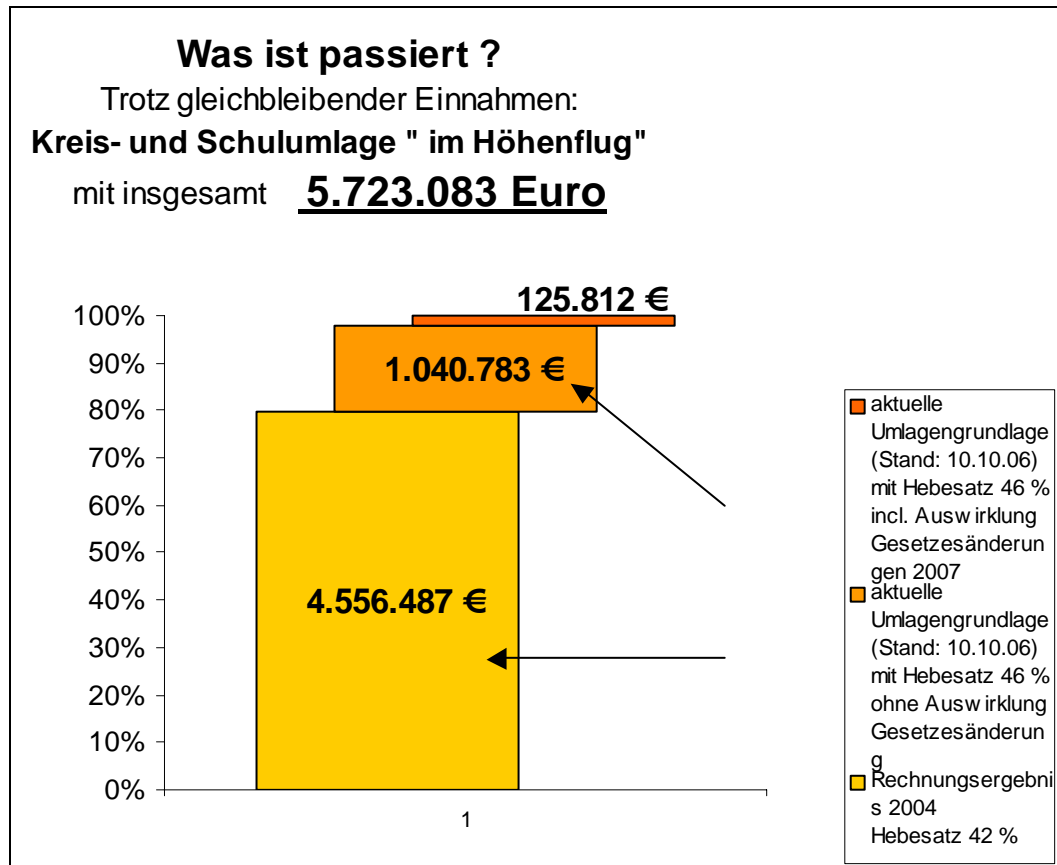
Der zweite Schritt könnte sein, dass sich dann wieder der Hebesatz der Kreisumlage „verändert“.

Bitte halten Sie es sich vor Augen – es gibt nur einen Finanztopf in den einbezahlt und aus dem genommen wird – alle anderen Sichtweisen sind in diesem Fall irreführend und höchst manipulativ, weil sie Taschenspielertricks gleich, uns vorgaukeln, dass wir auf der Gewinnerseite seien.

Die Kreis- und Schulumlage für das Jahr 2007 berechnet sich wie folgt:

Kreisumlagegrundlage x 46 % = zu zahlende Kreisumlage = rd. 4,8 Mio Euro

Kreisumlagegrundlage x 8 % = zu zahlende Schulumlage = rd. 850.000 Euro



Zuführung an den Vermögenshaushalt

Trotz Fehlbetrag erbringt die Gemeinde Trebur die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt. Die Pflichtzuführung ist in Höhe der ordentlichen Tilgung und der Kreditbeschaffungskosten zu erbringen, was im kommenden Jahr ein Betrag von 205.000 Euro ausmacht.

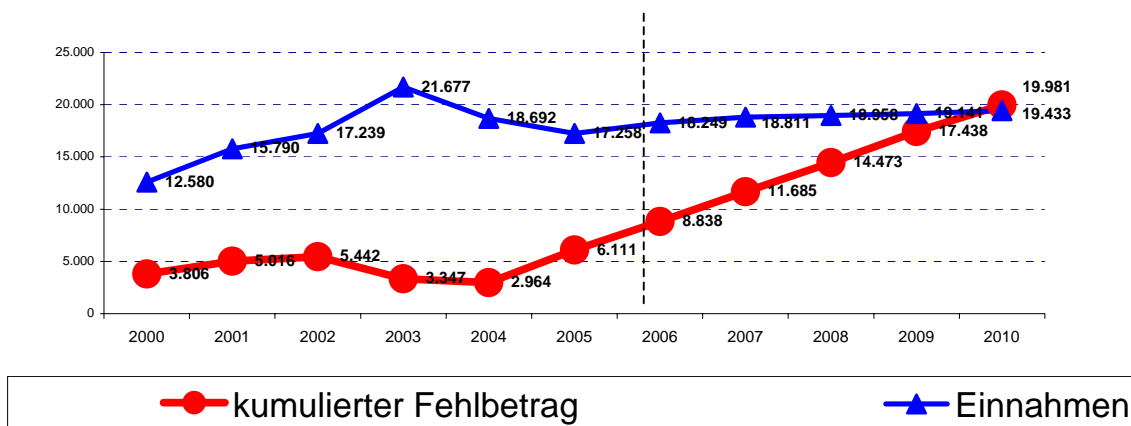
Durch die zu erbringende Pflichtzuführung erhöht sich der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt zusätzlich. Dennoch wird die Pflichtzuführung seit dem Haushaltsjahr 2002 vorschriftsmäßig erbracht.

Eigentlich müsste diese Pflichtzuführung im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden. Die Gemeinde Trebur erwirtschaftet die Pflichtzuführung aber nicht.

Nehmen Sie das bitte ernst, denn es ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Gemeinde Trebur von ihrer Substanz lebt !

Entwicklung Fehlbetrag

Voraussichtliche Entwicklung
Fehlbeträge und Einnahmen im Verwaltungshaushalt
2000 - 2010



Der Fehlbetrag setzt sich zusammen aus:

Haushaltsjahr 2000 (RE)	EUR	2.963.875
Haushaltsjahr 2005 (RE)	EUR	3.147.484
Haushaltsjahr 2006 (Planung)	EUR	2.601.082
Haushaltsjahr 2007 (Planung)	EUR	2.971.726

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 weist im Verwaltungshaushalt einen Fehlbetrag von rd. 11,7 Mio Euro aus. In diesem Betrag sind rd. 8,7 Mio Euro

enthalten, zur Deckung der Sollfehlbeträge aus Vorjahren, wie in der Haushaltssatzung nachrichtlich ausgewiesen.

Die verbleibenden rd. 3,0 Mio Euro stellen den Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2007 dar.

Übersicht Fehlbeträge / Defizite: Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge

	HH-Jahr	Fehlbetrag	Abbau Fehlbeträge	Entwicklung Fehlbeträge
Altlasten	2000	3.806.893	-843.018	2.963.875
Altlasten	2001	1.210.515	-1.210.515	0
Summe Altlasten		5.017.408		2.963.875
Rechnungsergebnis	2002	424.788	-424.788	0
Rechnungsergebnis	2003	-2.095.260	2.095.260	0
Rechnungsergebnis	2004	-383.061	383.061	0
voraussichtl. Rechnungsergebnis	2005	3.147.484	0	3.147.484
Planung	2006	2.601.082	0	2.601.082
Planung	2007	2.971.726	0	2.971.726
Summe Fehlbeträge 2002-2007		6.666.759		5.748.566
zzgl. Altlasten		5.017.408		2.963.875
Gesamt:		11.684.167		11.684.167

Verwaltungshaushalt für Schnell-Leser

Sie finden im Haushaltsplan für das Jahr 2007 erstmals eine Zusammenfassung des Verwaltungshaushalts nach Unterabschnitten bzw. Budgets.

Diese Zusammenfassung zeigt relativ schnell, in welchen Bereichen die „großen“ Abweichungen 2007 gegenüber 2006 zu finden sind.

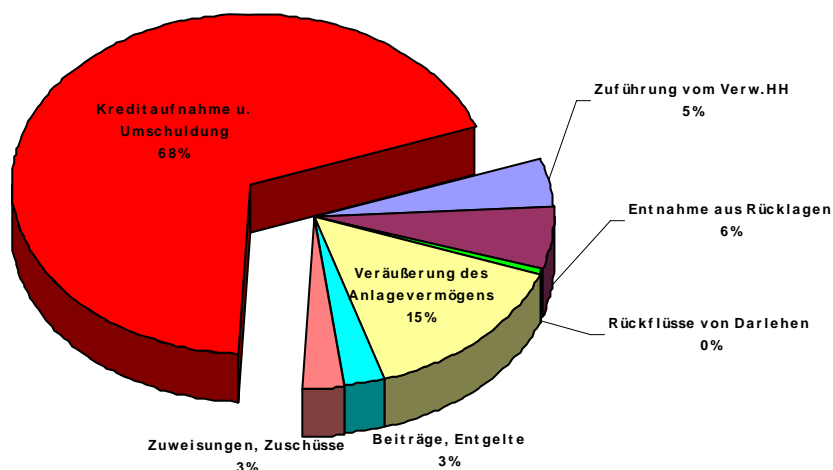
Bei einem Defizit von 11,6 Mio macht es schon lange keinen Sinn mehr sich mit einer Papierflut von Anträgen über Einzelpositionen wie Fernmeldegebühren, Bürobedarf und dergleichen zu unterhalten – den eigentlichen Diskussionsansatz habe ich ihnen bis hierher schon mehrmals wiederholt; sei es in dieser oder auch den vielen vorangegangenen Etatreden.

VERMÖGENSHAUSHALT

Einnahmen	EUR	4.569.696
Ausgaben	EUR	4.569.696
Gesamtbetrag der Kreditaufnahme	EUR	3.133.709

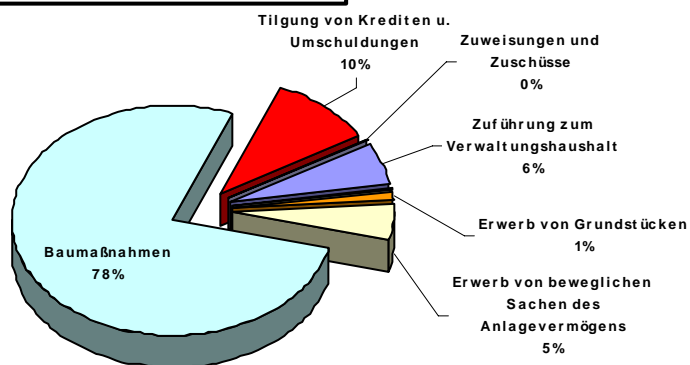
Investiert wird im Haushaltsjahr 2007 mit Priorität in die Bereiche für Kinder- und Jugendliche sowie Bau-/Wohnungswesen und Verkehr mit jeweils rd. 1,47 Mio Euro.

Vermögenshaushalt Einnahmen 2007
Gesamt: 4.569.696 EUR



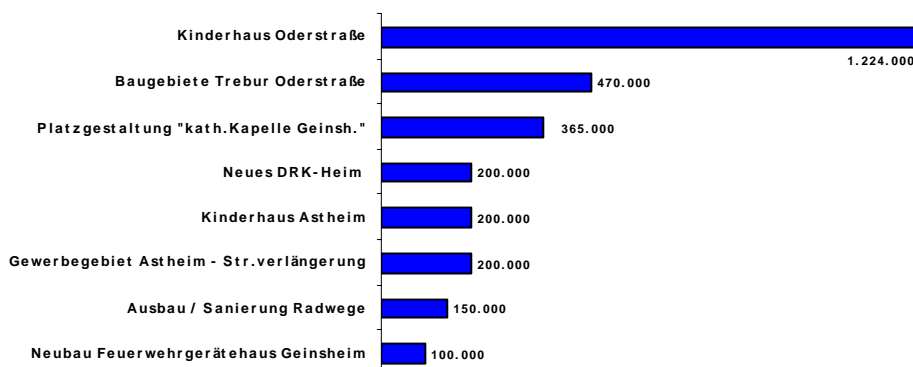
Die Einnahmen im Vermögenshaushalt bestehen zu rd. 68,5% aus Bankdarlehen, dazu kommen als weitere große Positionen 130.000 Euro Erschließungsbeiträge und 675.000 Euro aus Grundstücksveräußerungen.

Vermögenshaushalt Ausgaben 2007
Gesamt: 4.569.696 EUR



Die großen Positionen (über 100.000,- Euro) auf der Ausgabenseite sind:

Die großen Maßnahmen 2007



Kinderhaus Oderstraße	1.224.000 Euro
Baugebiete Trebur Oderstraße	470.000 Euro
Platzgestaltung "kath.Kapelle Geinsheim"	365.000 Euro
Kinderhaus Astheim	200.000 Euro
Neues DRK-Heim	200.000 Euro
Gewerbegebiet Astheim – Endausbau	200.000 Euro
Ausbau / Sanierung Radwege	150.000 Euro
Neubau Feuerwehrgerätehaus Geinsheim	100.000 Euro
Straßenbaumaßnahmen allgemein	100.000 Euro

Verpflichtungsermächtigungen

in Höhe von 3.228.000 Euro sind eingeplant für

- Neubau FFW Haus Geinsheim mit 1,7 Mio Euro
- Kinderhaus Astheim mit 1,528 Mio Euro.

Im Bereich Brandschutz sind im Planentwurf zunächst Investitionen von rd. 125.000 Euro vorgesehen. Weiterer Bedarf besteht, der mit Kosten von rd. 150.000 bis 200.000 Euro verbunden ist. Über die Notwendigkeit und um welche Anschaffungen bzw. Investitionen es sich hierbei handelt wird der Gemeindebrandinspektor im Zuge der Vorstellung „Rahmenplanung Feuerwehren 2007“ erläutern.

Wir haben dann, im Wissen um die finanzielle Situation der Gemeinde Trebur, zu entscheiden, ob und inwieweit die einzelnen Maßnahmen in 2007 ggf. aber auch erst in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werden sollen.

Für Ihre Orientierung und Entscheidungsfindung hat Ihnen die Kämmerei Arbeitspapiere im Haushaltsplanentwurf 2007 ab der Seite 26 (Vorbericht) zur Verfügung gestellt.

Nicht mehr alleine zu schultern sind **Sanierungen im Straßen und Gehwegbereich, die mit rd. 860.000 Euro** angemeldet sind; die Notwendigkeit ist unumstritten.

Die Maßnahmen werden im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gesondert zur Beschlussfassung stehen, wobei dann nicht nur über das Einstellen der Gelder sondern auch über die Frage der Beitragserhebung zu entscheiden ist.

Mittelfristige Finanzplanung 2006 bis 2010

Zusammenfassung Finanzplan - Verwaltungshaushalt -

(die Rundung auf volle Tausend Euro führt in der Finanzplanung zu Rundungsdifferenzen)

Verwaltungshaushalt (in TEUR)	2006	2007	2008	2009	2010
Einnahmen	18.249	18.811	18.958	19.141	19.433
Ausgaben	27.087	30.496	33.431	36.579	39.414
Defizit (Fehlbetrag)	-8.838	-11.685	-14.473	-17.438	-19.981
Im Defizit enthalten: Fehlbetrag Vorjahre	-6.237	-8.712	-11.685	-14.473	-17.438
verbleiben für das jeweilige HHJahr	-2.601	-2.973	-2.788	-2.965	-2.543
und Verlustabdeckung Eigenbetrieb	0	0	202	393	0
verbleiben:	-2.601	-2.973	-2.586	-2.572	-2.543

Nach den Prognosen im Finanzplan wird sich die Situation im Verwaltungshaushalt auch in den nächsten Jahren weiter defizitär gestalten. Das kumulierte Defizit wird bis zum Jahr 2010 rd. 20 Mio Euro betragen.

Mein Ansatz sind nach wie vor keine zu optimistischen Planansätze bei der Gewerbesteuer. Aus diesem Grund sind die Gewerbesteuereinnahmen in der Finanzplanung bis 2010 ganz bewusst unverändert mit 2,0 Mio Euro kalkuliert.

Die Planzahlen Lohn- Einkommenssteueranteil, Anteil Umsatzsteuer sowie Anteil am Familienleistungsausgleich ergeben sich aufgrund der vorliegenden Orientierungsdaten für die Finanzplanung bis 2010.

Der Finanzplan zeigt, dass das strukturelle Defizit im Schnitt bei rd. 2,5 Mio Euro liegt. In den Jahren 2008 und 2009 kommt hinzu, dass die Verluste des Eigenbetriebs aus den Jahren seiner Gründung durch den kommunalen Haushalt abzudecken wären.

**Zusammenfassung Finanzplan
- Vermögenshaushalt -**

(die Rundung auf volle Tausend Euro führt in der Finanzplanung zu Rundungsdifferenzen)

Vermögenshaushalt (in TEUR)	2006	2007	2008	2009	2010
Einnahmen und Ausgaben je	5204	4570	2661	1370	1480

in Einnahmen enthalten:

Darlehen Kreditmarkt	1966	3134			940
Einnahmen aus Krediten und Inneren Darlehen f. Umschuldung	818				
Einnahmen aus Inneren Darlehen			144	25	

in Ausgaben enthalten:

ordentl. Tilgung Darlehen - Kreditmarkt	170	205	210	215	220
außerordentl. Tilgung Darlehen - Kreditmarkt u. Umschuldung	818				
Tilgung inneres Darlehen	242	263	464	262	54

In der mittelfristigen Finanzplanung ist weder eine Entnahme noch eine Zuführung zur allgemeinen Rücklage geplant.

Die Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2010 ist in den Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken, d.h. es darf davon ausgegangen werden, dass hier weitere Investitionsmaßnahmen – in erster Linie grundlegende Erneuerungen der bestehenden Liegenschaften, vorgenommen werden müssen.

Noch in den Entwurf einzubeziehen ist auf jeden Fall die Finanzierung der Umgehungsstraße Trebur mit dem KIM-Modell.

Derzeit ist nicht absehbar, wann und in welcher Höhe die in 2007 vorgesehenen Kreditaufnahmen in Anspruch genommen werden müssen, so dass die sich daraus ergebenden Zins- und Tilgungsbeträge in der Finanzplanung noch keine Berücksichtigung gefunden haben.

Die Aufnahme des Kredits für den Bau der Umgehungsstraße Trebur, der planerisch im Jahr 2010 vorgesehen ist, wird in den Jahren 2011 ff. zu tilgen sein.

Ich wünsche uns allen für die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen eine kritisch vorausschauende Diskussion mit den richtigen Entscheidungen für unsere Gemeinde.

Lassen Sie uns diesen schwierigen Weg gemeinsam gehen.

Der Haushalt 2007 ist hiermit eingebracht.